

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 14

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Menschenrechte ohne Perspektive

(Fortsetzung von Seite 4)

Der Kampf für Menschenrechte in der Sowjetunion ist im Prinzip aussichtslos, wenn nicht eine klare Grundlage im Sinne der Nürnberger *Rechtsprechung* geschaffen wird.

Millionen warten darauf, seit langem. Wenn die Menschenrechte nicht unteilbar sind — wie die Freiheit —, was nützen sie dann?

«Konnten wir denn (...) leicht glauben, dass die westlichen Alliierten in diesen Krieg einstiegen nicht für die Freiheit an sich, sondern nur für ihre westeuropäische Freiheit, nur gegen den Nazismus, um die sowjetischen Armeen möglichst gut auszunützen, und damit Schluss? War es nicht natürlicher für uns zu glauben, unsere Alliierten seien dem Grundsatz der Freiheit treu — und würden uns nicht unter einer schlimmeren Despotie sitzenlassen?» (S. 33)

### Ein Nürnberger Prozess ist die Voraussetzung zur Bewältigung der totalitären Vergangenheit. Für den Sowjetnazismus ist er weniger in Sicht denn je

Das Sacharow-Hearing 1975 in Kopenhagen wollte ausdrücklich kein «Tribunal» sein, wollte sich auf die letzten zehn Jahre beschränken. Die Bände des «Archipel GULag» stellen, wir wiederholen es, schon allein ein grosses Anklagematerial für den noch ausstehenden Prozess dar. Sind wir heute tatsächlich weiter davon entfernt als nach dem Zweiten Weltkrieg?

Die Häftlinge erwarteten damals einen dritten Krieg. Im Gefängnis von Omsk, wo Solschenizyn 1950 auf dem langen Transport ins Sonderlager (Zwangsarbeit) weilte, schrien sie den hilflosen Aufsehern zu:

«Wartet nur, ihr Ekel! Truman befasst sich noch mit euch! Sie werfen euch eine Atombombe auf den Kopf! — Und die Aufseher schwiegen feige. Auch für sie fühlbar, wuchs unser Staudruck an, und, wie wir es empfanden, unser Recht-

haben. Und so sehr ersehnten wir die Gerechtigkeit, dass es uns nicht leid getan hätte, selber mit den Henkern unter einer Bombe zu verbrennen.» (S. 52—53)

So tönte es, wie gesagt, auf dem dreimonatigen Transport in die Katorga; dort angekommen, verloren die Sträflinge sogleich alle derartigen Hoffnungen. Denn die Zwangsarbeitslager waren noch schlimmer als die härteste Stufe der Besserungsarbeitslager.

### Die Sowjets sind sowenig bloss «neue Zaren» wie die Nazis bloss «neue Preussen» waren

Die Februarrevolution von 1917 hatte die zaristische Katorga hinweggefegt. Stalin führte 1943 eine sowjetische Katorga wieder ein, samt dem Galgen; der Ukas datiert vom 17. April 1943 (das war, wie Solschenizyn hervorhebt, kurz nach der furchtbaren Schlacht um Stalingrad, die wir *gewannen*).

Die Stalinsche Katorga war «eine Kombination des Schlimmsten, was es im Lager gibt, mit dem Schlimmsten, was es im Gefängnis gibt» (S. 11). «Das Ziel wurde fast gar nicht verheimlicht: die Zwangsarbeiter galt es totzukriegen. Es war dies eine unverblümte Ausrottungsanstalt, gemäss der Tradition des GULag aber zeitlich ausgedehnt — damit die Verdammten länger zu leiden hatten und vor dem Tod noch ein bisschen was tun konnten.» (S. 10)

Verglichen damit war die Katorga im Zarenreich, wie Dostojewskij und Tschechow («Aufzeichnungen aus einem Totenhaus» bzw. «Die Insel Sachalin») sie beschrieben haben, noch human (Verbot der Arbeit für Frauen; Verbot der Zwangsarbeit in gesundheitsschädigenden Bergwerken und Produktionsbranchen).

### Die Revolution hat nicht die Repression abgeschafft, sondern die Grenzen der Repression.

Der erste Schauplatz sozialistischer Katorga war ein Bergwerk-Lagpunkt im berechtigten Workuta; sehr schnell folgten Norilsk und andere Sonderlager. Die Insassen arbeiten im Zwölfstundentag, in zwei Schichten, ohne jeden Feier- bzw. Sonntag. Die fensterlose Baracke dient — in zwei Schichten — 200 Sträflingen. Gearbeitet wurde Tag und Nacht, bei jeder Temperatur und Witterung; der Konvoi schlug hie und da mal einen Zwangsarbeiter tot, trug keinerlei Verantwortung. Es durfte kein Gedanke an Freiheit aufkommen; Briefwechsel und gar Paketempfang waren verboten.

«All das veranlasste die Zwangsarbeiter, schön brav zu kuschen und schnell zu sterben — die ersten 28 000 Workuta-Insassen kamen alle binnen einem Jahr unter die Erde. Man staunt, dass das nicht binnen einem Monat geschafft war.» (S. 12)

Dies war «das erste Workutaer Alphabet» — jeder Buchstabe zu 1000 Nummern. (Die Nummern fand man an den Hitler-KZ seinerzeit so empörend?) Als Tschechow die Lage der Katorga-Häftlinge untersuchte, gab es ihrer insgesamt 5905! Und die Politischen durften mancherorts sogar den ganzen Tag über frei in der Stadt umherspazieren!

Aber eben — diese Zustände sind durch die Revolution abgeschafft worden.

(Fortsetzung folgt)

## à propos Mensch

... dauernd kommen Leute daher und bestürmen einen mit Hilfsappellen, belasten (belästigen?) einen mit unerfreulichen Nachrichten. Man hat es sich mit dem Radio- und dem Fernsehapparat angewöhnt, einfach *abzustellen*, wenn man genug hat (ob uns nicht dies dazu «erzogen» hat, der Teilnahme, des Zuhörens unfähig zu werden?).

Da kommt z.B. Lydija Tschukowskaja daher, russische Schriftstellerin, und weil ihr da *zwei Menschen* nicht gleichgültig sind, möchte sie auch uns aus der Gleichgültigkeit reissen mit unbequemer Information und unbequemen Fragen.

Sie nennt die — menschenrechtswidrigen — Umstände des Prozesses gegen den 33jährigen Tataren Mustafa Dschemiljow, der sich namentlich für das Recht auf freie Wohnsitzwahl geäußert hatte und dafür im KZ sass. Aus Protest gegen eine neuerliche Anklage (antisowjetische Propaganda im Lager) hielt er, zudem herz- und magenkrank und an Leberatrophie leidend, zehn Monate einen Hungerstreik. Und nun, am Prozess, lässt ihn der Richter, dessen Sessel «mit allen Vieren solid auf KGB-Boden fusste», das Schlusswort nicht zu Ende führen. Dschemiljows Bruder bittet, ihn doch ausreden zu lassen, und wird aus dem Saal entfernt — «hat die Ordnung gebrochen». Ordnung? Oh, wann wird denn endlich in der Sowjetunion diese Ordnung gebrochen, die es den Machthabern erlaubt, Sprechenden den Mund zu stopfen?»

Die leer-unfasslichen Formeln «antisowjetische Propaganda bzw. Verleumdung» *vernichten* die theoretisch garantierte Redefreiheit, indes: «Weshalb soll jeder konstruktive Gedanke, der aus lebendigem Schmerz geboren ist, Antisowjetismus sein?» ...

Ferner ist Frau Tschukowskaja über den 26jährigen Dworjanskij besorgt, den *einzigsten* Zeugen der Anklage, der — ebenfalls Häftling — im Lager Dschemiljows antisowjetische Propaganda gehört habe. Am Prozess erklärte er mutig, er habe unter Druck falsche Aussagen gemacht (nachdem ihn die Weigerung fünfmal in den Karzer gebracht hatte...).

Wurde daraufhin sogleich das Verfahren gegen Dschemiljow eingestellt und ein Verfahren gegen die Untersuchungsrichter eingeleitet, die Dworjanskij zu Falschaussagen zwangen? Mitnichten. Dschemiljow bekam weitere 2,5 Jahre strenges Lager: für antisowjetische Propaganda. Dworjanskij muss sich wegen Falschaussagen verantworten. «Welcher denn? Die er im Lager [über Dschemiljow] gemacht hatte? Nein — die am Prozess. Da ist es, das Gesicht der Unmenschlichkeit.»

... das nicht zu «photographieren» der Lydija Tschukowskaja *sündig* schiene. Das heisst: Sie empfindet da eine Verantwortung. «Mitverantwortlich» zu sein — ist es nicht das, was einem lästig ist? Aber auch das, was den Menschen ausmacht?

HTD

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409  
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

## Briefe

### Protokollarische Höflichkeitsgeste

In Ihrer Ausgabe vom 23. Juni 1976 haben Sie unter dem Titel «Feindbild-Abbau» einen Leserbrief zu einer Ende Mai in Zürich abgehaltenen Veranstaltung der Gesellschaft Schweiz-DDR veröffentlicht. Der Autor dieses Beitrages übt u. a. daran Kritik, dass das Politische Departement bei diesem Anlass vertreten gewesen sei. Darin komme «die Instinktllosigkeit zum Ausdruck, die diesem Departement zu eigen sein scheint». Dem Leser wird überdies suggeriert, an der fraglichen Veranstaltung habe eine mehrköpfige Delegation des Politischen Departements teilgenommen und den Gastgebern durch Beifallsbezeugungen ihre Sympathie bekundet.

Wir möchten demgegenüber festhalten, dass auf Einladung der Gesellschaft Schweiz-DDR eine Mitarbeiterin der Kultursektion des Politischen Departements dem Zürcher Anlass beigewohnt hat, dabei aber in keiner Weise aktiv in Erscheinung getreten ist. Zu den Obliegenheiten eines Aussenministeriums gehört es, sich durch die Anwesenheit bei kulturellen Veranstaltungen dieser Art aus eigener Anschauung ein Bild über die Tätigkeit derartiger Organisationen zu machen, zumal wenn als Gastreferent der veranstaltenden «Freundschaftsgesellschaft» eine hochgestellte Persönlichkeit des betreffenden fremden Staates auftritt, wie dies in Zürich der Fall war. Ueberdies stellt die Präsenz eines Vertreters des Politischen Departements bei solchen Anlässen eine Art protokollarischer Höflichkeitsgeste dar.

*Eidgenössisches Politisches Departement  
Dr. E. Andres  
Chef des Informations- und Pressedienstes*

Red. ZB: Materiell zu berichtigen ist also die Suggestion jener Einsendung, das Politische Departement habe sich durch mehr als eine Person an jenem Anlass vertreten lassen. Materiell nicht zu berichtigen ist übrigens das Beifallklatschen; wie sich aus telephonischer Rückfrage ergibt, gilt das Dementi lediglich der (nicht behaupteten) Sympathiekundgebung.

Und das ist alles, was «demgegenüber festzuhalten» ist. Insgesamt handelt es sich also um eine Bestätigung.

In keiner Weise reagiert das Politische Departement auf die doch sehr viel relevantere Suggestion unterschiedlichen Verhaltens unseres Aussenministeriums gegenüber den Diktaturen des einen oder des andern Typs. «Hätte sich die jüngste Schiesserei statt an der Berliner Mauer in Spanien zugetragen, würden die Departementsvertreter einen Kongress der Gesellschaft Schweiz-Spanien unter Protest verlassen haben.» Dieser Satz bleibt unbeantwortet. Obwohl sich wahrscheinlich hätte entgegen lassen, dass das Departement einen solchen Kongress gar nicht erst beschicken würde. Eben. Unterliegen die protokollarischen Höflichkeitsgesten dem Gesetz der Universalität unserer Beziehungen oder der Selektivität unserer Unterscheidung in salonfähige (kommunistische) und salonunfähige (nichtkommunistische) Diktaturen? Das wäre doch die Frage gewesen. Auf jeden Fall ist es jetzt die meine.



In einem Punkt möchte ich mich allerdings von der ursprünglichen Einsendung distanzieren. Ich finde nicht, dass dem Politischen Departement Instinktllosigkeit eignet. Vielmehr weist es sich tendenziell über den gleichen Instinkt aus, der dem gleichen Departement zur Zeit von Bundesrat Pilet-Golaz und Minister Fröhlicher eignete ...

*Christian Brügger*

schon längst nicht mehr das Nein seiner Partei. Andere DC-Politiker sprechen von einer «präventiven Diskussion» mit den Kommunisten, und wieder andere wollen sich die kommunistische Billigung einer Neuauflage der alten Mitte-Links-Regierung erwerben.

Man spricht von der Erneuerungschance für die Christdemokraten. Aber wenn sie bei ihrem Erneuerungsprozess an eigenen Konturen verlieren statt gewinnen, werden ihre Chancen für die nächste Runde nach dem sommerlichen Provisorium noch schlechter werden. Das Beispiel der Sozialisten sollte eine Abschreckung sein. Warum wird es von so vielen als Ansporn verstanden?

*cb*

## Portugal

In Portugal sind bei den Präsidentschaftswahlen in Anbetracht der Krankheit von Azevedo die Hauptgewichte «normal» verteilt worden. Ueber raschend dagegen ist die Gewichtsverteilung innerhalb der nichtkommunistischen Linken, wo der ehemalige Copcon-Chef Carvalho fast doppelt so viel Stimmen erhielt wie der KP-Kandidat Pato.

Es ist kein Geheimnis, dass auch in der portugiesischen Kommunistischen Partei seit geraumer Zeit recht heftige Richtungskämpfe zwischen Kämpfern der alten (stalinistischen) Garde und dem «aufgeschlosseneren» Nachwuchs ausgetragen werden. Die portugiesische KP-Führungsspitze formiert sich aus jenen Kommunisten, die einen grossen Teil ihres Lebens entweder im Gefängnis oder im Exil in einem Sowjetblockstaat verbracht haben. Für sie ist Moskau die «Sonne dieses Planeten», wie sich Alvaro Cunhal im März am KPdSU-Kongress in Moskau ausdrückte. Jüngere Leute, wie Pato beispielsweise, tendieren eher zu einem «europäischen Kommunismus». Es ist deshalb in Lissabon etwa zu hören, der «listenreiche» Alvaro Cunhal habe Pato zur Präsidentschaftskandidatur gedrängt, und zwar im vollen Bewusstsein der zu erwartenden Niederlage, um den ihm den Platz streitig machenden jüngeren Mann zu «erledigen».

Otelo Saraiva de Carvalho seinerseits dürfte viele Stimmen von Landarbeitern erhalten haben, die von der Kommunistischen Partei enttäuscht waren. In den wilden Monaten der «Revolution» waren es die Kommunisten gewesen, welche die Landarbeiter zu Güterbesetzungen aufgemuntert hatten: «Das Land gehört demjenigen, der es bearbeitet!» Heute müssen aber die neuen «Gutsbesitzer» feststellen, dass das Land eigentlich dem Staat gehört.

Leicht wird es Präsident Eanes nicht haben. Es gilt eine Reihe höchst unpopulärer Massnahmen zu erlassen, um die Wirtschaft des Landes wieder auf die Beine zu stellen. Um mit den Worten von Mario Soares, dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei und künftigen Ministerpräsidenten zu sprechen: «Jetzt übernehmen die Parteien die Politik — aber mit dem Erbe jener infantilen Offiziere, die nur utopischen Zielen nachjagten.» Erstes und grösstes Hindernis ist nämlich die Verfassung, die Portugal den «Uebergang in den Sozialismus» vorschreibt. Dieser «Uebergang» verträgt sich im Augenblick überaus schlecht mit der bitter notwendigen Privatinitiative, beziehungsweise privatwirtschaftlichen Investitionen — die einzige Möglichkeit für Portugal, um aus der Wirtschaftsmisere zu kommen.

*gn*

## Der Kommentar

### Italien

Von uns aus dürft ihr regieren, wenn wir nur diktieren dürfen.

Das war inhaltlich die Botschaft der Kommunisten an die Christdemokraten nach den Wahlen in Italien. Die KP hatte nicht genügend gesiegt, um die Macht zu übernehmen, aber gründlich genug, um ihr Lieblingsmotto «Es geht nicht ohne uns» als platte Wahrheit auszuweisen. Und dabei braucht es sich von jetzt an nicht einmal mehr auf die Drohung mit ausserparlamentarischen Mitteln zu beschränken; eine nicht genehme Regierungspolitik kann schon via demokratisch gewählte Volksvertretung jederzeit zum Scheitern gebracht werden.

Deshalb gewährleistet das Ausbleiben eines totalen kommunistischen Wahlsieges der DC nicht einmal die berühmte Atempause; der eigene Atem reicht nicht aus. Man hat sich einen Zeit-

gewinn eingehandelt, der vielleicht noch schlimmer ist als es die Verdrängung in die Opposition gegen eine Volksfrontregierung von Kommunisten und Sozialisten gewesen wäre.

Schlimmer ist daran, dass die KPI durch ihre faktischen Vetomöglichkeiten die Politik mitbestimmen darf, ohne für die Resultate behaftet werden zu können, ohne den nationalen und internationalen Gegenkräften einen Ansatzpunkt zu geben, sich zu formieren. Ein kommunistisch regiertes Italien hätte zu internen und externen Widerständen geführt; diese können jetzt vorsorglich abgebaut werden, und bei einer späteren Machtübernahme wird das *Fait accompli* nur um so stärker sein.

Man war nach den Wahlen zunächst erstaunt gewesen, dass die KP nicht einmal auf die Verwirklichung des «*compromesso storico*» einer christdemokratisch-kommunistischen Regierung drängte, sondern sich damit begnügen wollte, konsultiert zu werden. Aber diese scheinbar so gemässigte Haltung bedeutet nur, dass die KPI bereit ist, ihre Politik von der DC ausführen zu lassen.

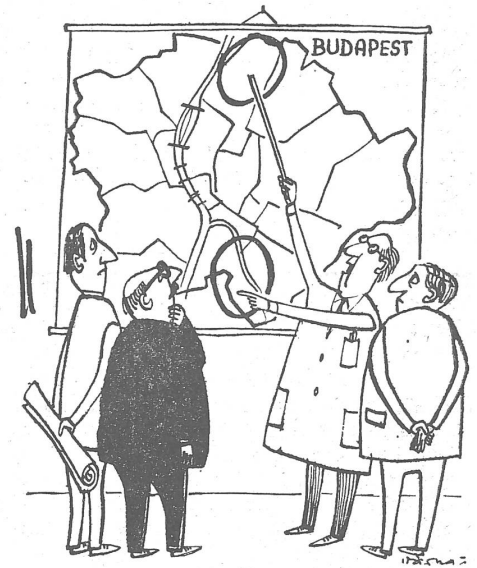
Und unterdessen erhalten die Christdemokraten ausgiebig Gelegenheit, sich an dieser Frage zu entzweien und zu schwächen. Fanfanis unbedingtes Nein zu einer Öffnung in Richtung KPI ist



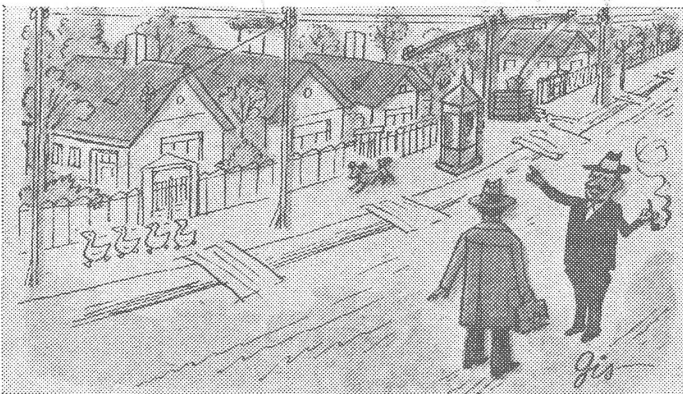
Personalstopp: «Also eine Arbeitskraft können wir doch noch brauchen.» (22. 4. 1976)

# Vom Personalstopp bis zum Fremdarbeiter

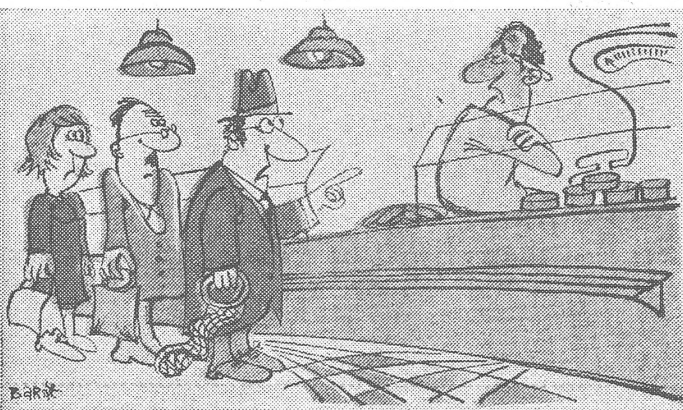
## «Ludas Matyi» Budapest



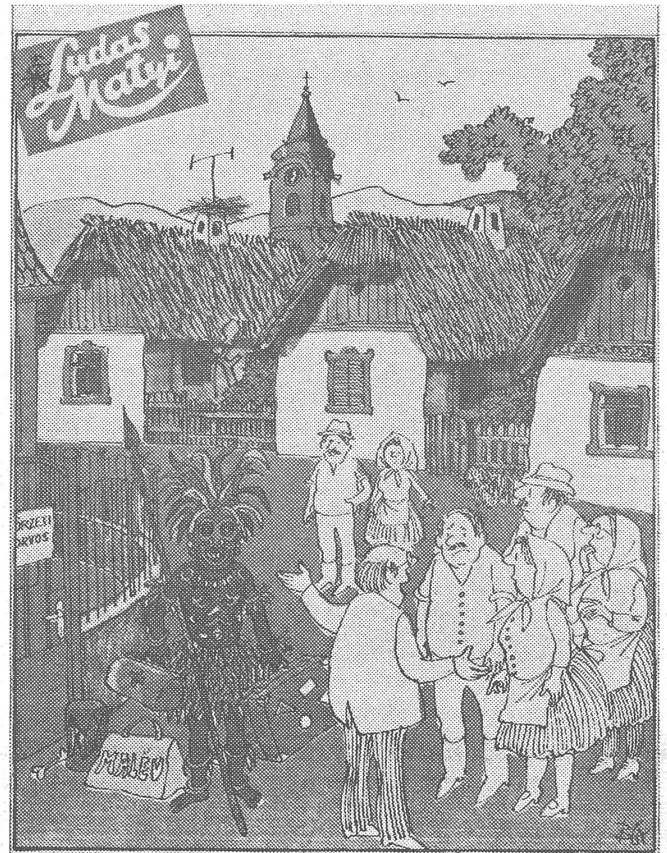
Stadtplanung: «Anstelle dieser Häuser da machen wir einen Park, und auf den Park dort bauen wir eine Siedlung.» (22. 4. 1976)



«Richtig städtisch ist es bei uns im Dorf geworden. Wir haben schon drei Telephone, und alle drei funktionieren nicht.» (22. 4. 1976)  
Zum Motiv Telefonausfall siehe ZB, Nr. 11/1976, «Kesudio».



«He, sind Sie der Verkäufer?» – «Ja. Warum?» (1. 4. 1976)



«Wir haben nur in Afrika einen Arzt finden können, der bereit ist, auf dem Lande zu arbeiten.» (24. 6. 1976)

Nebenbei: Wenn das kein koloniales Afrika-Bild ist...